

**Fachausschusssitzung „Bau, Verkehr, Umwelt und Häfen“
des Stadtteilbeirates Gröpelingen vom 26.10.2016**

Protokoll

Sitzungsort: Ortsamt West

XII/09/2016

Waller Straße 99, 28219 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesend sind:

Herr Dieter Adam

Herr Stephan Heins

Herr Hannes Grosch

Frau Kristina Michaela Kruse

Herr Rolf Heide

Frau Christina Vogelsang

Frau Ute Pesara-Krebs

Herr Stefan Kliesch

Als Gäste können begrüßt werden:

Herr Lars Gerhardt / Gröpelingen Marketing e.V.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/08/16 v. 14.09.2016

TOP 3: „Don´t mess with Gröpelingen!“ – Projekt zur Müllvermeidung im Stadtteil

dazu: Herr Lars Gerhardt / Gröpelingen Marketing e.V.

TOP 4: Mittelverwendung in Verkehrsangelegenheiten („Stadtteilbuget“): Beratung und Beschlussfassung

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

TOP 7: Entscheidungen in Bauangelegenheiten und Stellungnahmen

TOP 1: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Für die nächste Sitzung wird der Themenkomplex „Schrottimmobilien und Leerstand im Stadtteil“ vorgemerkt.

Es soll dabei darauf hingewirkt werden, dass neben Vertretern größerer Immobilienfirmen auch die Bauordnung präsent ist.

Zudem soll auf Anregung von Herrn Höwener über einen neuen Standort für die Geschwindigkeitsmesstafel (derzeit noch Bromberger Straße, Höhe Schützenhof) nachgedacht werden.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/08/16 v. 14.09.2016

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3: „Don't mess with Gröpelingen!“ – Projekt zur Müllvermeidung im Stadtteil

Herr Gerhardt stellt die, von einem privaten Anbieter zur Verfügung gestellte, elektronische Anwendung zur Mängelmeldung im Stadtteil vor. Diese „App“, die man sich bequem auf sein Smartphone herunterladen kann, ermöglicht es den NutzerInnen, Müllablagerungen o.ä. an die Leitstelle „Saubere Stadt“ zu melden. Aktuell ist das Hauptaugenmerk dieser „App“ auf das Thema „Müll“ fixiert. Eine Ausweitung auf andere Meldenfunktionen wie z.B. defekte Straßenbeleuchtungen, lokal identifizierbare Schäden an der Fahrbahn o.ä. sind im Gespräch. Von dort erfolgt eine Zuordnung an die jeweils zuständige Stelle. Praktisch wird die App durch den Aufruf „Mängelmeldung“ aktiviert. Erstellt der Nutzer ein Foto der Mängelstelle, und sendet diese an die Leitstelle „Saubere Stadt“, so ist damit zugleich automatisch eine GPS-Verknüpfung und damit die Lokalisierbarkeit hergestellt.

Der Aspekt der Interaktiven Nutzbarkeit bringt es auch mit sich, dass private Mitnutzer die aktiv geschalteten Mängelmeldungen einsehen können und als „erledigt“ melden können, wenn an den benannten Plätzen die Mängel zwischenzeitlich beseitigt wurden.

Insgesamt erweist sich nach den bisherigen Erfahrungen diese Anwendung als niedrigschwelliges Angebot, das sich einer Annahme erfreut.

TOP 4: Mittelverwendung in Verkehrsangelegenheiten („Stadtteilbudget“): Beratung und Beschlussfassung

Aus dem Gesamtbudget für stadtteilbezogene Verkehrsmaßnahmen des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entfallen im Rahmen der erstmalig dezentralisierten Entscheidung durch den Beirat im laufenden Haushaltsjahr € 63.134,00.

Die Entscheidung über die Mittelverfügung wird durch den Bauausschuss auf Basis des vorliegenden Antrages der SPD-Fraktion (Anlage 1) getroffen.

Im Ergebnis der Aussprache legen sich die Mitglieder auf folgendes Vorgehen fest:

- Priorisierung einer Sanierung des Fußweges an der Sperberstraße (5 Stimmen pro, 2 Enthaltungen), gefolgt von der Herstellung einer Hochpflasterung an der Kreuzung Dockstraße/Lindenhofstraße (5 Stimmen pro, 2 contra). Für beide Projekte soll im ersten Schritt eine Kostentaxation erstellt werden, um den Beirat im Hinblick auf eine folgende Beschlussfassung zu orientieren.
- Die im Übrigen im Antrag unter den Ziffern 1-6 benannten Posten, welche als Rückfallpositionen im Falle bestehender Restmittel in Betracht kommen, werden wie folgt priorisiert:
 - Anbringung eines gelben Lichtzeichens an der neuen Fußgängerampel an der Kreuzung Oslebshauser Heerstraße/Ritterhuder Heerstraße/Oslebshauser Landstraße (5 pro, 2 Enthaltungen).
 - Setzung von Begrenzungspfählen an der Bersestraße (4 pro, 3 Enth.) und an der Waltjenstraße (4 pro, 1 contra, 2 Enth.).
 - Die restlichen Positionen werden auf Umsetzbarkeit und Kosten geprüft.

Im Übrigen wird im Benehmen mit dem ASV zeitnah geprüft, ob die Leuchtmittel-Situation an der Kreuzung Am Fuchsberg/Am Koppenberg/Sperberstraße aus dem Stadtteilbudget zu bestreiten ist, oder vorrangig im Zuge der laufenden Verkehrssicherungspflicht vorrangig aus dem laufenden Haushalt des ASV/SUBV zu bestreiten ist.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

- Grünzug/Ecke Schwarzer Weg: Auf Anfrage von Anwohnern wird der Umweltbetrieb Bremen veranlasst, mit Blick auf die Gefahren, die von herabfallendem Geäst ausgehen können, verstärkten Grünschnitt in diesem Bereich vorzunehmen.
- Getreideverkehrsanlage: Im Hinblick auf das Ausschreibeverfahren wird innerhalb des Fachausschusses die spärliche Informationspolitik des Hafenessorts im Vorwege des Verfahrens kritisiert und eine umfassendere Beteiligung bei vergleichbaren Verfahren dieser Größenordnung mit Auswirkungen auf den Stadtteil für wünschenswert befunden.
- Stubbener Straße: Setzung von Begrenzungspfählen an einer Ausfahrt zu einem Parkplatz einer Anwohnergemeinschaft: Zustimmung vorbehaltlich privater Kostenträgerschaft der Maßnahme.
- Kundenparkplatz Aldi-Markt Ritterhuder Heerstraße: Die Bereitschaft des Investors, Hinweisschilder über kreuzenden Fahrradverkehr an beiden Ausfahrten zur Ritterhuder Heerstraße aufzustellen (Anlage 2), wird seitens des Beirates ausdrücklich begrüßt.
- Die Ausübung des Vorkaufsrechtes für einen Teil des Grundstückes Gröpelinger Heerstraße 299 für den Ausbau der Verkehrsfläche wird beiratsseitig befürwortet.
- Sammelcontainer Kulmerstraße: Dem Antrag eines Bürgers auf zunächst temporäre Demontage eines Containers für Alttextilien an der Kulmer Straße, aufgrund vermehrter Müllablagerungen um Umfeld (Matratzen, Restabfälle, Alttextilien) gibt der Beirat unter der Maßgabe statt, dass für eine Reinigung des Umfeldes für die nächsten 6 Monate Sorge getragen wird. Alternativ kommt nach Auffassung der Fachausschussmitglieder die Herstellung anderer Verschlüsse (Doppelklappen, um das Hineingreifen und die Entnahme von gesammeltem Textilgut zu verhindern).
- Wasserrechtliches Plangenehmigungsverfahren an der Schleuse Oslebshausen (Erneuerung diverser Erweiterungen am Hochwasserschutz). Zustimmung
- Antrag auf Beseitigung der „Blumenkästen“ am Wendehammer Bromberger Straße/Lissaer Straße zugunsten zusätzlichen Parkraumes: Zustimmung.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- Reihersiedlung: Der Investor hat zwei mögliche Modelle vorgestellt.
 - a.) Der Investor vermietet selbst 30 Wohneinheiten als günstigen Wohnraum (Arbeitslosenhilfe II) und tritt 20 an den Verein Wohnungshilfe ab.
 - b.) Der Verein Wohnungshilfe übernimmt alle 50 Wohneinheiten, eine Wohneinheit wird zum Büro vor Ort. Der Verein verpflichtet sich, hier keine 50 Problemfälle einzuquartieren, sondern günstigen Wohnraum an „ganz normale Menschen“ zu vermieten.

Im Grundbuch soll eingetragen werden, dass dort weiterhin Wohnen zu günstigen Preisen ermöglicht wird.

- Übergangwohnheim Gröpelinger Heerstr. 9-13:
Lösungsvorschlag seitens des OA:
- Mit Fertigstellung des Gebäudes gleichzeitige Aufgabe des ehemaligen Max Bahr/Tucholskystraße in Oslebshausen

- Reduzierung der Anzahl für die ersten zwei Jahre auf 200 Personen und abwarten, wie sich die Situation entwickelt.
- Kombination mit Studentenwohnen oder Kindergarten.

Aussagen des Staatsrates:

- Die Kombination mit Studentischen Wohnen ist nicht umsetzbar.
- Es wird geprüft, ob die Notunterkunft Tucholskystraße vollständig aufgegeben werden kann.
- An der Unterbringung von 300 Personen im ÜWH Gröpelinger Heerstraße muss festgehalten werden, da Plätze, die gebaut werden auch belegt werden müssen.
- Es soll wohlwollend geprüft werden, wie die Belegung geplant ist und ob ein schrittweiser Einzug über einen gewissen Zeitraum möglich ist. Mit einem Zeitraum von 2 Jahren ist jedoch wohl nicht zu rechnen. Möglicherweise kann der Einzug in 2 Bauabschnitten geschehen.
- Der Staatsrat betont, dass dies noch keine Zusage ist. Eine verbindliche Auskunft wird bis zur Beiratssitzung am 23.11.2016 erteilt.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

Ingo Wilhelms

Hannes Grosch